

«Der Bundesrat ist kein Diktator, aber er steht in der Pflicht»

Bern | Thomas de Courten fordert eine nachhaltige Perspektive

Der Nationalrat verlangt eine schnellere Lockerung der Pandemiemassnahmen bereits am 22. März. Für den Rünenberger SVP-Nationalrat Thomas de Courten ist klar, dass es so wie bis anhin nicht weitergehen darf. Die Bevölkerung brauche Perspektiven.

Tobias Gfeller

■ Thomas de Courten, Sie sind Mitglied der nationalrätlichen Gesundheitskommission, die sich in den vergangenen Tagen dezidiert geäussert hat. Was will die Mehrheit der Kommission betreffend das weitere Vorgehen in der Corona-Pandemie?

Thomas de Courten: Die Mehrheit der Kommission ist mittlerweile überzeugt, dass es so wie bisher nicht einfach weitergehen kann. Wir haben heute schlicht keine Perspektive, wie wir aus dieser Pandemie wieder herauskommen. Das muss sich ändern. Darum erwarten wir vom Bundesrat eine stringente Strategie, also dass er einen Plan entwickelt, wie wir einen Schritt weiterkommen. Was er bis jetzt getan hat, waren Sofortmassnahmen in einem Notfall, aber ohne nachhaltige Wirkung. Mit wiederholten Lockdowns lässt sich das Virus vielleicht bremsen, aber nicht überwinden. Nach der ursprünglichen Virusvariante kam der Engländer, dann der Südafrikaner und der Brasilianer – und so wird es weitergehen. Wir brauchen jetzt neue Massnahmen, unter anderem Testen, Impfen, Schutzkonzepte für Schwache und Verletzliche, damit wir mit diesen Viren weiterleben können.

■ Erwarten Sie auch schnelle Öffnungen?

Ich erwarte einen verbindlichen Plan mit Lockerungen, Schritt für Schritt, zurück zu verfassungsmässiger Ordnung und wirtschaftlicher beziehungsweise gesellschaftlicher Normalität – natürlich basierend auf Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen. Ich bin kein Kritiker der Wissenschaft,

aber sie muss nun auch ergründen, welche Massnahmen nützen, um diese Krise zu bewältigen, und welche keinen Beitrag dazu leisten. Der Bundesrat hat im vergangenen Jahr Dutzende Schutzkonzepte eingefordert. Da wurde viel privates Geld investiert. Und im Januar hat der Bundesrat diese Schutzkonzepte, die er einst selbst bewilligt hatte, in Gastronomie, Sport und Kultur einfach wieder als ungenügend taxiert. Wir brauchen wieder eine klare Linie, bei der die Leute verstehen, worum es geht. Es braucht nachvollziehbare Massnahmen und eine gewisse Gerechtigkeit unter den Einschränkungen und Belastungen. Seit Beginn der Pandemie vor über einem Jahr hätte man genug Zeit gehabt, diese Schritte in die Wege zu leiten. Das ist das, was ich vermisse. Man geht konzeptlos gegen die Pandemie vor.

■ Sie fordern aber keine konkreten Öffnungen auf ein bestimmtes Datum?

Ich erwarte, dass der Bundesrat nun wirklich einen konkreten, nachvollziehbaren, aber auch verbindlichen Weg aus der Pandemie aufzeigt. Es muss dabei verständlich bleiben, wieso etwas gemacht wird und wieso anderes nicht. Ich verstehe zum Beispiel nicht, wieso die Terrassen in den Ski-gebieten geschlossen werden mussten. Gleichzeitig herrscht in den Hotels in den Bergen Hochbetrieb wie selten. Ich verstehe nicht, wieso man Läden wochenlang schliessen muss und nebenan haben Lidl, Coop und Migros gleichzeitig offen mit Hunderten Personen drin. Ich verstehe nicht, wieso Museen öffnen, aber das Affenhaus und das Aquarium im Zolli nicht. Ich verstehe nicht, weshalb der Bundesrat über die Rückmeldungen der Kantone, der Parteien und der Bevölkerung hinweggeht.

■ Haben Sie das Gefühl, dass der Bevölkerung das Verständnis und der Wille mitzumachen langsam abhandenkommen?

Die ganze Pandemie steht wohl allen langsam bis zum Hals und alle wollen

wieder ein bisschen Normalität. Ich spüre vielerorts sehr viel Verständnis und Disziplin, solange man das alles nachvollziehen kann. Es ist enorm wichtig, dass die Bevölkerung versteht, welche Massnahmen vernünftig und auch wissenschaftlich begründet wirklich wirksam sind. Dann ist man auch bereit, diese Last zu tragen. Mit unlogischen, widersprüchlichen und ungerechten Stückwerk-Massnahmen sind Vernunft und Disziplin dahin.

■ Sie hören sich im Gegensatz zu anderen Vertreterinnen und Vertretern der SVP sehr pragmatisch an. Ist für Sie Bundesrat Alain Berset auch ein Diktator?

Ich nehme dieses Wort sicher nicht in den Mund, weil es nicht so ist. Natürlich konnte auch ich mir die Macht, über die der Bundesrat derzeit verfügt, bis vor einem Jahr nicht vorstellen. Dass wir uns in unseren Grundrechten dermassen einschränken lassen, ohne aufzumucken, hätte ich nicht für möglich gehalten. Es ist erstaunlich, dass dies so lange hingehalten hat. Es kann aber nicht ewig so weitergehen. Man muss jetzt einen Schritt weiterkommen und eine Perspektive bekommen – nicht nur im Hinblick auf Lockerungen, sondern ganz generell, wie man in Zukunft mit solchen Pandemien umgehen soll. Jetzt haben wir die Gelegenheit, aus Versäumnissen und Fehlern zu lernen.

■ Sie kritisieren weniger scharf.

Ich kritisiere den Bundesrat, weil er trotz gegenteiliger Beteuerungen im vergangenen Jahr die Vorbereitungen für weitere Wellen nicht in ausreichendem Mass getroffen hat; beispielsweise in Bezug auf ausreichende Spitalkapazitäten, eine Teststrategie oder eine generalstabsmässige Impfkampagne. Er hat seine Hausaufgaben nicht genügend gemacht. Das Parlament muss jetzt eingreifen. Da gibt es halt auch mal schrille Töne. Es braucht aber vor allem konstruktive Kritik. Der Bundesrat ist kein



«Ich erwarte, dass der Bundesrat einen nachvollziehbaren, aber auch verbindlichen Weg aus der Pandemie aufzeigt», sagt Thomas De Courten. Bild Archiv vs

Diktator, aber er steht in der Pflicht. Da sind wir mehrheitlich der gleichen Meinung. So wie es jetzt ist, kann es auf Dauer nicht weitergehen. Wir brauchen neue, nachhaltige Lösungen.

■ Die Wirtschafts- und Abgabekommission (WAK) fordert, dass sich die wissenschaftliche Taskforce nicht mehr äussern darf. Braucht die Wissenschaft einen Maulkorb?

Der Vorschlag der WAK bestand darin, dass nur der Bundesrat über Massnahmen des Bundesrats informieren

soll. Und die werden nicht kommentiert von Mitgliedern der Taskforce. Wissenschaftler dürfen sich immer äussern. Aber der Bundesrat soll für seine Massnahmen hinstehen und diese rechtfertigen. Es geht nicht darum, der Wissenschaft einen Maulkorb anzulegen.

■ Dann sollen Taskforce-Mitglieder auf Twitter oder in Interviews Entscheide des Bundesrats nicht mehr kommentieren dürfen?

Wenn der Bundesrat etwas anordnet, soll «er» dafür hinstehen und dafür geradestehen.

Turbo-Öffnungen bereits am 22. März?

gfe. Mit 97 zu 90 Stimmen unterstützte der Nationalrat gestern eine Erklärung, die unter anderem eine baldige Öffnung der Gastronomie bereits am 22. März fordert. Der Bundesrat ist aber nicht dazu verpflichtet, auf diese Forderung einzugehen. Die Erklärung ist für ihn nicht bin-

dend. Ein starkes Zeichen ist es allemal. Für die «Turbo-Öffnung» stimmten neben Thomas de Courten die SVP, die grosse Mehrheit der FDP und vereinzelt auch Mitglieder der Mitte und der GLP. Die Ratslinke war dagegen, dem Bundesrat eine klare Frist zu setzen.

Mehr Miteinander bei der Infrastruktur

Liestal/Frenkentaler | Gemeindeverbund will Kooperationen prüfen

Der Gemeindeverbund «Liestal Frenkentaler plus» strebt eine stärkere Zusammenarbeit der elf angeschlossenen Gemeinden an. Im Entwicklungs- und Organisationsprozesses «Infra» sollen Kooperationen in Bereichen wie Werkhof, Verwaltung oder Publikationsorgan geprüft werden.

Willi Wenger

Der Gemeindeverbund «Liestal Frenkentaler plus» (RLF+) will dieses Jahr einen Schritt nach vorne machen: Geschäftsführerin Dorothee Dyck-Baumann (Reigoldswil) kündigt in ihrem Jahresbericht 2020 den Entwicklungs- und Organisationsprozess «Infra» an. In dessen Rahmen soll geprüft wer-



Könnten die Gemeinden in Sachen Werkhof und Verwaltung enger zusammenarbeiten? Der Gemeindeverbund RLF+ prüft entsprechende Möglichkeiten. Bild en.

den, ob Zusammenlegungen von diversen Bereichen eine Option für die elf Mitgliedsgemeinden Arisdorf, Bubendorf, Hölstein, Liestal, Lupsingen, Niederdorf, Ramllinsburg, Reigoldswil, Seltisberg, Titterten und Ziefen sein könnten.

Dyck-Baumann nennt unter anderem eine regionale Bauverwaltung, die Reorganisation der Werkhöfe und

der Verwaltungen, ein gemeinsames Publikationsorgan oder Maschinen-gemeinschaften. Reigoldswils Gemeindepräsident Fritz Sutter, der den Verein RLF+ präsidiert, ergänzt, dass «Ausgliederungen» von Arbeiten wie etwa der Winterdienst ebenfalls geprüft werden sollen. Aber – und das stellt der RLF+-Präsident klar: «Wir werden sicher nicht alles Bisherige über Bord werfen. Optimieren steht klar im Vordergrund.»

Die vom Bubendorfer Gemeindepräsidenten Walter Bieri geleitete Arbeitsgruppe konnte allerdings noch nicht tagen. Die Start-Sitzung wurde aufgrund der aktuellen Pandemiesituation abgesagt.

«Wir stecken so gesehen noch in den Kinderschuhen», kommentiert Bieri. Wann es konkret losgehe, kann

er nicht sagen. Es sei alles offen. Bewusst offen formuliert sind auch die bisher eingebrachten Ideen und Visionen. Der Entwicklungs- und Organisationsprozess «Infra» soll letztlich aufzeigen, ob eine oder mehrere Stossrichtungen weiterverfolgt werden sollen.

In der Arbeitsgruppe sind nicht nur Politikerinnen und Politiker vertreten. «Wir delegieren auch Mitarbeitende aus den Verwaltungen,» blickt Sutter in die Zukunft. Er hält auch klar fest, dass Gemeindefusionen nicht das Ziel seien. «Aber sicher eine klar verstärkte Zusammenarbeit.» Sutter weiss jedoch auch, dass es ein Weg «der kleinen Schritte» und nicht einer der «grossen Würfe» werden wird. «Da mache ich mir keine Illusionen.»